

Zunächst besteht Übereinstimmung darin, daß man auch in Bayern, des langen Haders müde, die Reform auf dem Wege über ein Ermächtigungsgesetz machen will. Aber ebenso wie es in Sachsen geplant ist, soll der Regierung keine unbefristete Ermächtigung erteilt werden, sondern der Landtag will bei allen wichtigen Entscheidungen als Kontrollinstanz dauernd eingeschaltet bleiben. Eine harte Bedingung, die mit der einen Hand der Regierung die Vollmachten so ziemlich wieder wegnimmt, die sie mit der anderen Hand gibt, und die deshalb die Erfolgsaussichten wesentlich herabsetzt. Das Hauptstück des bayerischen Entwurfs unterscheidet sich aber dann von den sächsischen und preussischen Plänen gleich dadurch, daß er auf das Ziel der Einsparung durch einen zehnprozentigen Beamtenabbau losgeht. Die Unpopularität der Maßnahme wird nicht gesehen, sondern direkt in den Vordergrund gestellt. Und für die zum Abbau Reiften ist es auch kein Trost, daß in der Begründung festgestellt wird, daß diese Verordnung nicht wegen des zu großen Beamtenrechts in Bayern erfolge, daß vielmehr die „Beamtendecke“ in Bayern die dünnste in allen deutschen Ländern sei. Aus neuen Statistiken geht nämlich hervor, daß z. B. in Hamburg 88, in Sachsen 226, in Preußen 247, in Bayern aber erst 200 Einwohner auf einen Beamten kommen. Nach den Vorschriften des Entwurfs soll der Abbau um weniger als 10 v. D. bis zum 1. April 1933 durchgeführt sein und auf alle Berufsgruppen gleichmäßig verteilt werden. Zur Erreichung der Einsparung sollen die Geschäfte der Behörden vereinfacht werden, und zwar nach denselben Grundsätzen, wie sie auch in Sachsen und Preußen aufgestellt worden sind. Dazu gehört die Übertragung von Zuständigkeiten aus den Ober- an die Außenbehörden in der Weise, daß diese soweit als möglich in allen Verwaltungsangelegenheiten die erste Entscheidung selbst fällen. Im gleichen Sinne sollen neue Vorschriften über die innere Verwaltung und das Zusammenarbeiten der Behörden und eine zweckmäßigere Verteilung der Geschäfte auf die höheren, mittleren und unteren Beamten wirken. Wesentlich ist ferner die geplante Stärkung und Zusammenfassung der Landesrechte unter Ausdehnung veralteter Vorschriften und der auch in Sachsen zur Förderung gestellte, in Bayern aber bereits zum Beschluß erhobene Grundsatze, daß der Justizbezirk für die Einsparung und Verrückung in der Rechtspflege und in der Verwaltung auf zwei Instanzen beschränkt wird, soweit das Reichsrecht dieser Maßregel nicht entgegensteht. Neu ist auch der Gedanke, den Beamtenabbau zu erleichtern durch die Bestimmung, daß Beamte bereits nach dem 62., statt nach dem 65. Lebensjahre auf Antrag mit der Höchstpension in den Ruhestand versetzt werden können.

Der zweite Teil des bayerischen Entwurfs zielt auf dem Beamtenabbau die Konzentration durch Vorkläufe über die dann möglich werdende Aufhebung und Zusammenlegung von Behörden. Ein Oberlandesgericht (Augsburg), acht Landgerichte, 47 Amtsgerichte, 18 Bezirksämter (Amtshauptmannschaften), und eine große Reihe von Bau- und Meliorationsämtern werden als überflüssig bezeichnet. Dagegen ist, ebenso wie in Sachsen, die Frage der Aufhebung

von Kreisregierungen (Kreisbauhauptausschüssen) offen gelassen worden, allerdings nicht in der Absicht, diese Mittelbehörden im Verwaltungsaufbau unter Umständen ganz wegzulassen zu lassen, sondern weil gerade hier keine Einigung über die Zusammenlegung zu erreichen ist. Im Kampf um diesen Punkt werden die Meinungen noch besonders heftig aufeinanderprallen. Er wird sogar zum Prüffeld für die Ernsthaftigkeit des Reformwillens werden; denn es ist klar, daß acht Kreisregierungen für ein Land von der Größe Bayerns ein Luxus sind, und daß ihre Verminderung etwa auf die Hälfte das Hauptstück einer wirksamen Staatsvereinfachung sein müßte. Zu verstehen ist dabei allerdings der Wille, die Pflichten mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Befugung vom Behördenabbau ganz auszunehmen, und auch den bayerischen Wald wegen der Fischereigefahr an der niederbayerischen Grenze möglichst zu schonen.

Jedem Anlauf zur Verwaltungsreform gemeinsam — ganz gleich, ob es sich um Bayern, Sachsen oder Preußen handelt — ist die Gegenbewegung, die er im Lande sofort auslöst. Auch dafür bietet Bayern jetzt wieder ein Beispiel, das wir aus den eigenen Verhältnissen nur zu gut kennen. Die Städte und Gemeinden, die ein Amt oder ein Verzicht verlieren sollen, rücken schon in hellen Scharen mit Deputationen in München an und machen ihre Abgeordneten mobil, deren Wahlansichten für das nächste Mal danach qualifiziert werden, ob ihr Einfluß so weit reicht, das drohende Unheil für dielen oder jenen Flecken abzuwenden. Immer nach dem Grundsatze: Was ich den Hals und nach mich nicht will. Die Situation geht so weit, daß in Augsburg beispielsweise ein Plakat der bayerischen Volkspartei mit dem Aufschluß an Württemberg droht, wenn Schwaben sein Oberlandesgericht verlieren sollte. Das ist freilich auch wieder nicht so ernst gemeint, und die Regierung wird sich durch solche Ausfälle nicht ins Bodoborn jagen lassen. Sieht doch ihr Bestand als Einmal im Spiel. Sie kann nicht anders, als mit der Vorlage vor den Landtag zu treten und den Kampf durchzuführen. Sicher ein schwerer Gang. Wird das Interesse des Staates oder werden die lokalen Wählerinteressen liegen? Das ist in Bayern heute die Frage. Der Münchner Landtag hat eine glänzende Gelegenheit, in einer guten Sache ein nachahmenwertes Beispiel zu geben, das auch in Sachsen Stoff zum Nachdenken geben wird. Denn auch bei uns ist das Werk der Verwaltungsreform über kleinliche Parteifreistattigkeiten und Stößen geraten, und auch bei uns wird die Lösung über kurz oder lang sich zu einer Erörterungsfrage für Regierung und Koalition auswachen. Und auch dann, wenn das nicht der Fall wäre, wenn sich der letzte Landtag bis zu seinem natürlichen Ende durchschleppen könnte, ohne die Verwaltungsreform durchzuführen, wäre die Lage der so belasteten Regierungsparteien im nächsten Wahlkampf keine beneidenswerte. Die Anklage, daß sie in der größten staatspolitischen Aufgabe, die ihnen gestellt war, versagt haben, könnten sie nicht entrufen. Darum ist es auch in Sachsen höchste Zeit, mit dem festen Willen zur Vollendung ans Werk zu gehen.

**Primo de Rivera entläßt 50000 Soldaten**  
**Meuterei an Bord eines spanischen Kreuzers**

London, 5. Februar. In englischen Berichten von der französisch-spanischen Grenze werden Gerüchte verbreitet, wonach an Bord des spanischen Kreuzers „Don Jaime“ eine Meuterei ausgebrochen sei. Der Mitarbeiter des „Evening Standard“ will erfahren haben, daß Primo de Rivera die Entlassung von rund 50000 Truppen angeordnet habe. Der Ministerpräsident befürchtet, daß regierungstreue, lichte Offiziere die Truppen für einen neuen Aufstand gegen die Regierung benutzen könnten. Die zur Auflösung kommenden oder bereits aufgelassenen Truppen verteilten sich auf alle Waffengattungen. Ausgenommen seien nur die Truppen, die in Marokko waren. Die Entlassung erfolgt in Form eines viermonatigen Urlaubs bis zum Tage der normalen Dienstentlassung.

**Englische Truppen greifen in Bombay ein**  
 18 Tote, 114 Verwundete

London, 5. Febr. Die Unruhen in Bombay haben sich am Dienstagmorgen in verschärfter Form wiederholt. Ein hartes englisches Truppenaufgebot mußte in die Unruhebezirke entsandt werden. Die Zahl der bei den Zusammenstößen getöteten Personen, zumeist Panthans, ist auf zwölf gestiegen. Ein Hindu ist durch Messertische schwer verletzt worden. Sechs Polizisten wurden gleichfalls verletzt. Sämtliche Geschäfte sind inzwischen wieder geschlossen worden, ebenso ruht die Arbeit in allen Baumwollspinnereien. Der Gouverneur von Bombay hat seine Reise nach Neu-Delhi auf unbestimmte Zeit verschoben. In Bombay gewinnt die Überzeugung an Boden, daß die Gerüchte über Verschleppung von Kindern für Opferzwecke durch die Panthans nur ein Vorwand für die Angriffe gegen sie waren, der eigentliche Grund dagegen in ihrer Streikbrecherarbeit zu suchen ist.

London, 6. Febr. Nach den letzten Meldungen aus Bombay sind bei den letzten Zusammenstößen 18 Personen getötet und 114 verwundet worden. In den Straßenkämpfen im Norden der Stadt sind vielfach Maschinen und Gebäude aufgestellt worden. Die Bevölkerung ist in großer Aufregung.

**Anruhen in Colombo**

Colombo, 5. Febr. Trotz des im Straßenbahnstreik abgeschlossenen zwölfstägigen Waffenstillstandes herrscht heute früh eine große Erregung in der Stadt. Ein Streikführer wurde mitgeholt. Die Polizei zerstreute eine Menschenmenge. 15000 Hafenarbeiter und Eisenbahner sind in Streik getreten, jedoch hat der größte Teil die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Gestern Abend wurden Steine gegen die Hauptpolizeiwohne geschleudert. Die Polizei ging dreimal mit der Waffe vor. Mehrere Personen wurden ins Krankenhaus gebracht. Zehn Polizisten wurden verwundet. Die Lage ist bedrohlich und die Polizei befindet sich in Alarmbereitschaft.

**England baut doch die Kreuzer**

London, 5. Febr. Die Mitteilung des „Daily Chronicle“, daß die britische Regierung auf den Bau zwei weiterer Kreuzer verzichtet habe, findet nur eine teilweise Bestätigung. Ein Beschluß auf Verzicht des Hauses liegt nach Mitteilungen von maßgebender Seite noch nicht vor, vielmehr besteht die Admiralität auf den Bau der beiden Kreuzer, während das Schahamt Einparungen am Flottenhaushalt machen möchte. Ob es schließlich zu dem Verzicht der beiden Kreuzer kommen wird, ist ungewiss. Dagegen erscheint ziemlich sicher, daß die Abträge am Haushalt der Flotte, des Meeres und der Luftfahrt nicht zu groß sind, daß sie ernsthaft ins Gewicht fallen.

**Annahme der Kreuzervorlage in Amerika**

Washington, 5. Febr. Der Bundes Senat hat die Kreuzervorlage unter Beibehaltung der vom Präsidenten Coolidge genehmigten Ausstricklausel mit 68 gegen 12 Stimmen angenommen.

Stimson wird Nachfolger Kelloggs. Wie aus Keenort gemeldet wird, werden in der Umgebung des künftigen Präsidenten Hoover die Meldungen, wonach der Generalgouverneur Henri Lewis Stimson zum Nachfolger Kelloggs auszuwählen sei, in aller Form bestätigt.

**Trozkis in Moskau eingetroffen**

Rowno, 5. Februar. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Trozkis am Dienstag unter strenger Bewachung in einem Salonwagen dort eingetroffen. Er hat in der Umgebung Moskaus Wohnung genommen, wo er bis zu seiner Abreise nach dem Auslande verbleiben wird. Damit werden die Nachrichten über eine Flucht Trozkis, seinen Untergang im Schwarzen Meer und ähnliche widerlegt.

Verhaftung Devaleras. Der Führer der irischen Republikaner, Devalera, ist in der Nähe der Hafenstadt Newry verhaftet worden.

**Poincaré soll in Berlin intervenieren**  
**Fortsetzung der Eltsch-Debatte - Wieder unberechtigte Angriffe gegen Deutschland**

Paris, 5. Februar. In der Kammer suchte im weiteren Verlauf der Eltschdebatte M. Scapini nachzuweisen, daß die Ursachen des eltschischen Ungehorsams in der von der Regierung herrührenden betriebenen Außenpolitik zu suchen seien. Scapini fordert, daß das gegenwärtige Regime im Eltsch durch die Verfassung verankert werde. — Der ehemalige Unterstaatssekretär für eltsch-österreichische Angelegenheiten, Raibel (Fraktion Maginot), meint, die autonomistische Bewegung sei keine separatistische Bewegung. Raibels Erklärungen werden von den Autonomisten mit großem Beifall angenommen, lösen aber auf den Banken der Linken Proteste aus.

**Poincaré greift ein**

und erklärt, er wolle angeben, daß es unter den Eltschern keine Mehrheit von Separatisten, ja nicht einmal von Autonomisten, gäbe. Er habe die notwendige Grenzlinie zwischen den Führern der Bevölkerung gezogen und gezeigt, daß von den Führern die meisten Separatisten seien, je nach dem, ob sie hier oder dort seien, zweierlei Sprache reden und nach deren Ansicht der Autonomismus den Separatismus vorbereiten müßte — er wolle nicht sagen, den Anschluss an Deutschland. — Raibel beschwört den Ministerpräsidenten, den Autonomisten jeden Vorwand zur Unzufriedenheit zu nehmen. Er glaube nicht an das Gelingen einer Unterdrückungspolitik. Dagegen sei eine sofortige Unterdrückung der deutschen Propaganda (!!) notwendig, die vor allem durch Radio betrieben würde.

**Warum interveniere die Regierung nicht auf diplomatischem Wege bei der deutschen Regierung?** — Der Sozialrepublikaner Violette wirft ein, wer denn gesagt habe, daß Deutschland diese Propaganda betreibe. — Poincaré betont: Ich habe nichts von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe. — Raibel: Die Frage ist zu ernst, als daß ich mich nicht an Ihre eigenen Argumente halte, die besagen, daß eine gewisse Propaganda im Eltsch den Thesen von Voicarno zuwiderläuft. — Poincaré erklärt: Die Frage ist in der Tat zu ernst, um nicht an das zu erinnern, was ich gesagt habe, nämlich: es bestehen gewisse alldenteutsche Vereinigungen. Diese Vereinigungen, die sehr wohl bekannt sind, können sich ungehindert betätigen. Ich habe die Handlungen verurteilt, die zum Vertrag von Versailles und zum Locarnopakt in Widerspruch stehen, und habe gezeigt, daß deutsche Minister, wie Dr. Curtius, die Verantwortung für unzulässige Doktrinen übernommen haben.

Schließlich erklärte Raibel, der Ministerpräsident möge das Vertrauen im Eltsch dadurch wiederherstellen, daß er das Misverständnis beseitige, das, wenn es sich verlängere, eines Tages das ganze Eltsch gegen Frankreich und Frankreich gegen das Eltsch aufbringen könnte.

**Widerlegung der Behauptungen Poincarés über die deutschen Propagandausgaben**

Berlin, 5. Februar. Das Büro des französischen Ministerpräsidenten veröffentlichte eine Erklärung zu der Rede Poincarés, in der er die Propaganda-Ausgaben im Reichshaushalt auf 91 Millionen Mark beziffert hat. Dieser Betrag wird in der Erklärung aus einzelnen Titeln des Voranschlags für den Reichshaushalt 1927 zusammengerechnet. Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß bei dem angeführten einzelnen Positionen teilweise erhebliche Irrtümer unterlaufen sind. So sind zum Beispiel 20 Millionen Mark für die Zahlung von Zuschüssen an Ainos aufgeführt, eine Ausgabe, die im Reichshaushalt für 1927 überhaupt nicht vorhanden ist. Bei anderen Angaben, wie zum Beispiel dem Betrage für das wirtschaftliche Nachrichtenwesen sind die Zahlen unrichtig wiedergegeben. In Wirklichkeit sind im Etat für 1927 für die Beschaffung wirtschaftlicher Nachrichten aus dem Auslande nicht sieben Millionen Mark, sondern nur 500000 Mark bewilligt worden. Das wesentlichste ist aber, daß die Aufstellung eine Reihe von Ausgaben anführt, die mit Propaganda überhaupt nichts zu tun haben, zum Beispiel acht Millionen Mark für die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Große Summen, wie die für das Ruhrgebiet, die besetzten Gebiete und Ost-

preußen in Höhe von 37,5 Millionen Mark werden ausschließlich für wirtschaftlich notwendige Bevölkerungsteile des eigenen Staatsgebietes verausgabt, so daß in keiner Weise eine Verwendung im Auslande in Betracht kommt. Ebenso erstaunlich ist es, daß in der Aufstellung die Ausgaben für die Technische Nothilfe mit 2,5 Millionen Mark aufgeführt werden, die allein der inneren Verwaltung dienen. Wenn man alle diese Irrtümer berücksichtigt, ist ohne weiteres ersichtlich, wie wenig begründet die Angaben über die Höhe der deutschen Propaganda-Ausgaben sind.

Zum Schluß heißt es in dieser amtlichen Entgegnung: Eine auch nur oberflächliche Prüfung des deutschen Etats zeigt, daß die wirklich für Propaganda im Ausland angelegten Beträge nicht im entferntesten die von Herrn Poincaré angegebene Summe erreichen. Selbst wenn man den Begriff der Propaganda im Auslande sehr weit faßt, können dazu aus dem Etat von 1927 nur folgende Titel gerechnet werden: ein Betrag von 8 Millionen Mark für geheime Ausgaben (inzwischen herabgesetzt auf 6 Millionen), ein Betrag von 2,7 Millionen Mark für die Förderung des Nachrichtenwesens im Auslande und endlich ein Betrag von 6 Millionen Mark für kulturelle und humanitäre Zwecke im Auslande.

**Amerikas Standpunkt in der Reparationsfrage**

Keenort, 5. Febr. Vom Weißen Hause wurde erklärt, Coolidge hoffe, daß kein Amerikaner zum Vorliegenden der Sachverständigenkonferenz für die Reparationsfrage gewählt werden würde, da Amerika nicht direkt daran beteiligt sei. Die amerikanische Regierung vertrete auch weiterhin die Ansicht, daß keinerlei Verbindung zwischen der Schuld- und der Reparationsfrage hergestellt werden dürfe. Die amerikanischen Sachverständigen hätten keinerlei Vollmacht zum Abschluß irgendwelcher Abmachungen. — Diese Stellungnahme deutet darauf hin, daß die Washingtoner Regierung in der nächsten Zeit gegen alle Privatfinanzierungspläne Stellung nehmen wird.

**Die Reichspost macht Ueberschüsse**  
**Betriebsverbesserungen geplant - aber keine Gebührenermäßigung**

Berlin, 5. Febr. Der Verwaltungsrat der Reichspost trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Reichspostminister Dr. Schägel äußerte sich zunächst über die Verlehrsfrage, die er als im großen und ganzen normal bezeichnete. Das Kalenderjahr 1928 sei für die Reichspost im wesentlichen befriedigend gewesen. Das Abheften der Konjunktur habe sich bei ihr nicht ausgewirkt. Die im Vorjahre erzielte

**Mehreinnahme von 20 Millionen Reichsmark**

werde zum Teil dazu verwandt, notwendige Arbeitsaufträge zu erteilen, um damit auch der Notlage des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken. Die Aufnahme einer Anleihe sei bei der gegenwärtigen Finanzlage noch immer nicht möglich.

Gesandter Boden berichtete dann über den zweiten Nachtragshaushalt für 1928. Die verstärkten Ausgabemittel sollen unter anderem für die Beschaffung von Bahnpostwagen dienen, die dringend erforderlich seien, welter für die Beschaffung von Fernsprechapparaten und für die Förderung der Automatisierung des Fernsprechwesens.

**Ferner soll ein Grundstück für das Volkshemdt in Dresden angekauft werden.**

Zusätzlich kommen auch Verkehrsverbesserungen in Betracht. Da die Anleihe nicht gegeben werden sei und auch im laufenden Jahre voraussichtlich nicht gegeben werden könne, sei es möglich gewesen, den für die Verzinsung der Anleihe ausgeworfenen Betrag einzusparen. Es sei erfreulich, daß die

Reichspost der Wirtschaft in ihrer jetzigen Notlage mit Aufträgen besorgen könne. Reichspostminister Schägel, der im Laufe der Aussprache noch einmal das Wort nahm, führte aus, die Reichspost liefere an das Reich 136 Millionen Mark ab. Die Gebührenerhöhung habe etwas über 200 Millionen Reichsmark gebracht. Ohne sie wäre die Befolgungserhöhung nicht möglich gewesen. Die Ablieferung an das Reich sei nur eine Zinszahlung für das 2½ Milliarden betragende Vermögen der Reichspost. Es handele sich also nicht um indirekte Steuern. An eine Gebührenermäßigung könne man nur denken, wenn die Reichspost zur Kostgängerin des Reiches werden solle. Staatssekretär Sautter betonte jedoch, man werde eine Gebührenermäßigung ins Auge fassen müssen, wenn die günstige Entwicklung anhalte. Der Reichspostminister erwiderte im Laufe der weiteren Verhandlungen auf eine kommunalistische Anfrage, was aus der Entscheidung der Ermäßigung der Rundfunkgebühren im Ganzen geworden sei, es seien aber diesen Punkt Erhebungen im Gange. Die gesamte Wirtschaftslage des Rundfunks würde geprüft. Der Minister lagte weiter die Erfüllung von in der Aussprache geäußerten Wünschen an, bei den Landposten Interessenskonflikte mit den Privatbahnen zu vermeiden.

**Erkältet! Fay's Sodener**